

## Deutsch-polnische Erinnerungsorte Transformationsprozeß in (Ost-)Deutschland und in Polen

XXX. Deutsch-Polnische Schulbuchkonferenz vom 4. bis 7. Juni 2002 in Wittenberg

Vom 4. bis 7. Juni 2002 trafen sich die Mitglieder der Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission zu ihrer XXX. Konferenz in der Lutherstadt Wittenberg. Historiker und Geographen tagten weitgehend getrennt. Die Historiker diskutierten über „Deutsch-polnische Erinnerungsorte“, die Geographen befassten sich mit dem „Transformationsprozess in (Ost-)Deutschland und in Polen“. Der Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz sprach das Grußwort auf dieser ersten in Sachsen-Anhalt stattfindenden Tagung der Kommission. Er forderte die anwesenden Historiker auf, Geschichte so darzustellen, dass sie die in beiden Ländern heranwachsende Jugend „nicht verschreckt, sondern sensibilisiert“. Die geschichtliche Bildung in der DDR müsse in diesem Zusammenhang entgegen ihrer postulierten Absicht als negatives Beispiel betrachtet werden, da die plakativen Freundschaftsbekundungen nie zu den eigentlichen Problemen der Beziehungsgeschichte vorgedrungen seien.

Der deutsche Vorsitzende der Kommission, *Michael G. Müller* (Halle) begründete das von den Historikern aufgegriffene Thema damit, dass Erinnerungsorte Wirkungs-faktoren *sui generis* sind und als solche der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit ausgesetzt werden sollten. Zudem seien „heiße Themen“ zwischen Deutschen und Polen knapp geworden, die konträre Aufladung von Gedächtnisorten wirke hingegen weiter. Und schließlich – so fügte er im Hinblick auf das 30-jährige Jubiläum hinzu – sei die Gemeinsame Schulbuchkommission bereits selbst zu einem „Erinnerungsort“ geworden.

Mit *Etienne François* (Berlin) als Einführungsredner hatten die Veranstalter eine Person gewonnen, die wie kaum eine andere mit dem Konzept der „Gedächtnisgeschichte“ verbunden ist. *François* verwies auf das periodisch auftauchende Phänomen der „Vergangenheitsbesessenheit“, das er an Beobachtungen Nietzsches festmachte und in der Gegenwart wiederentdeckte. Besonders in säkularisierter Zeit werde aus dem Bedürfnis nach Erinnerung eine Verpflichtung, Vergessen werde inkriminiert. Die Konjunktur des Gedächtnisses – historiographisch eingeleitet von Pierre Nora – sei seit den neunziger Jahren zu einer gesamteuropäischen Erscheinung geworden. Fast alle nationalen Erinnerungsgemeinschaften seien mittlerweile davon erfasst. Dass zunehmend von Erinnerung und Gedächtnis, nicht von Vergangenheit und Geschichte die Rede ist, begründete *François* mit der Individualisierung (verstärkt durch die Faktoren Freizeit und Bildung), mit dem Zusammenbruch der „Großen Erzählungen“, und der Globalisierung, die allerdings die nationale Geschichtstradierung wenig gefährde. Die Funktion der Nation als Erinnerungsgemeinschaft schein sogar in dem Maße zu wachsen, wie die politische und ökonomische Funktion des Nationalstaates abnehme. Gedächtnisorte werden sowohl entortet wie parzelliert, wie der Redner am Beispiel „Auschwitz“ deutlich machte. Es sei nicht überzeugend, eine europäische Gedächtniskultur durch Suchen des kleinsten gemeinsamen Nenners (Karl der Große, Michelangelo etc.) schaffen zu wollen. Dieser Versuch, wie er z.B. im Rahmen der Karlspreis-Vergabe verfolgt werde, ergebe bestenfalls eine Karikatur europäischen Gedächtnisses. Man müsse die Einheit in der Vielfalt und durch die Vielfalt anstreben und sich damit abfinden, dass das Gedächtnis trennt und die Geschichte eint. Dies exemplifizierte *François* an den Beispielen Versailles, Straßburger Münster, Grunwald/Tannenberg und dem Jahr 1968.

Die Diskussion wandte sich dem logischen Status des Gedächtnisortes zu. Handelt es sich dabei um ein Konstrukt oder etwas Existentielles? Es wurde gefragt, was vom 19. Jahrhundert und früheren Epochen bleibt, wenn das „Gedächtnis“ so über die „Geschichte“ triumphiere. Bezweifelt wurde die Nachhaltigkeit des sog. Ausstellungsvoyeurismus. Nationale Geschichtsdiskurse, die immer Opferdiskurse seien, würden sehr wohl aufgesprengt, indem das Eingeständnis eigener historischer Schuld zum Eintrittsbillet nach „Europa“ geworden sei. Auch das sofortige Versenden der Leitkultur-Debatte in Deutschland spreche für eine Auflösung des „nationalen Rahmens“. Überlegt wurde, warum manche Erinnerungsorte als transnationale Karriere machten und andere nicht.

Nach diesem Ausloten des Terrains leistete *Rudolf Jaworski* (Kiel) eine ostmitteleuropäische Einordnung des Tagungsthemas. In Ostmitteleuropa habe es wegen der häufigen politischen Umbrüche, wechselnden Herrschaftsverhältnisse und ethnischen Konflikte kaum stabile historische Erfahrungsräume und damit auch kaum konstante Erinnerungsräume gegeben. Manche dieser Räume seien fast gänzlich verloren gegangen (etwa die „literarische Wunschlandschaft“ Bukowina) oder sind nur mehr in musealisierter Form vorhanden (z.B. jüdische Diaspora). Die Erinnerungslandschaft habe man sich in Ostmitteleuropa deshalb als „Mosaik partikularer Erinnerungsinseln“ vorzustellen, die im Zeitalter des Nationalismus miteinander in Konkurrenz gerieten. Mehrfachkodierungen ein- und desselben Gedächtnisortes seien an der Tagesordnung. *Jaworski* konkretisierte seine Überlegungen, indem er prominente historische Kultfiguren anführte, die als Ikonen des kollektiven Gedächtnisses quasi personalisierte Gedächtnisorte darstellen. Als konkrete Orte stellte er Katyń und die Wolfsschanze vor. Am letztgenannten Fall lasse sich die Einwirkung des Kommerzes auf die Konstituierung eines Gedächtnisortes gut studieren.

*Peter Oliver Loew* (Leipzig) charakterisierte Danzig als einen der symbolhaftesten Orte Mitteleuropas, der sich im letzten Jahrhundert mehrfach in die Weltgeschichte eingeschrieben habe. Als deutscher Erinnerungsort sei Danzig Anfang des 20. Jahrhunderts sehr präsent gewesen, mittlerweile aber völlig verblasst. Zu einem polnischen *lieux de mémoire* entwickelte sich Danzig im ausgehenden 19. Jahrhundert, als die Überzeugung von der einstigen Polonität der Stadt Teile der polnischen politischen Eliten erreichte. Als „Freie Stadt“, als „Sollbruchstelle“ des Versailler Vertrags, als „völkischer Vorposten“, als Symbol für die Tapferkeit der polnischen Armee (Westerplatte), als literarischer Ort der „Blechtrommel“ und als Ausgangspunkt der *Solidarność* brannte sich Danzig verschiedenen Generationen von Deutschen oder von Polen ins Gedächtnis ein. Der in letzter Zeit sich wieder beschleunigende Rückgang der politischen und ökonomischen Bedeutung der Stadt führt dazu, dass sich Danzig als europäischer Erinnerungsort nur schwer gegenüber konkurrierenden Städten behaupten kann, die ebenfalls die Geschichte des 20. Jahrhunderts auf einen schillernden Punkt bringen. Wenn sie die Glanzzeit ihrer Geschichte in der Neuzeit nicht in die Wagschale wirft, bleibt Danzig in der europäischen Erinnerung wohl peripher und zweitrangig.

*Hans-Jürgen Bömelburg* (Warschau) wandte sich Friedrich II. als Erinnerungsort im deutschen und polnischen Bewusstsein zu. In einer Würdigung Christian von Krockows als bewundernswerter Schöpfer einer Großmacht titulierte, figuriert Friedrich der Große in der Darstellung *Władisław Konopczyński*s als Ausbund deutscher Aggressivität, die auf die Zerstörung der Nachbarvölker gerichtet ist. Die deutsche Rezeption, insbesondere das populäre Friedrich-Bild, weist kaum Polen-Bezüge auf. Insbesondere haben die in sozialdarwinistischer Sprache gehaltenen friderizianischen Auslassungen über Polen (ab Ende des 19. Jahrhunderts wissenschaftlich erfasst) nie Eingang in die öffentliche Tradierung des Friedrich-Bildes gefunden, selbst nicht in nationalsozialistischer Zeit. Auch der DDR-Historiographie – repräsentiert durch Ingrid Mittenzwei – gelang keine grundlegende Neuinterpretation. Sie verbleibt – angestoßen durch die „Erbe-Diskussion“ Mitte der 70er Jahre – im traditionellen deutschen Interpretationsrahmen der Figur Friedrichs und versagt ebenfalls gegenüber der Anforderung, polnische Aspekte zu beleuchten. Die zeitgenössische Ambivalenz in der polnischen Bewertung Friedrichs des Großen wandelte sich erst nach 1870 unter dem Eindruck der preußischen Germanisierungspolitik zu einem eindeutig negativ akzentuierten Bild. Friedrich wurde der Ort, an dem alle polnischen Erinnerungen an die Demütigungen der Teilungszeit abgeladen wurden. In die Verdammung mische

sich – so ein polnischer Diskussionsteilnehmer – allerdings auch Bewunderung und das Bedauern, dass die polnische Nation keine vergleichbare tatkräftige Persönlichkeit hervorgebracht habe.

*Robert Traba* (Warschau) ging der Frage nach, welche Bedeutung der Erste Weltkrieg noch als Erinnerungsort hat. Berührungspunkte der deutschen und polnischen Erinnerung sieht er im „Hoffnungsausbruch“, der mit dem Krieg verbunden war. Klar war – dies wurde in der Diskussion bekräftigt – die unterschiedliche Einordnung des Themas: In Deutschland sieht man im Ersten Weltkrieg vornehmlich ein Vorspiel zum Zweiten Weltkrieg, während er in Polen als Vorspiel der polnischen Unabhängigkeit betrachtet wird. Die Erfahrung des mechanisierten Tötens teilte sich den Deutschen nachhaltig mit, während die Polen den Befreiungskampf vor Augen haben und vor allem an militärische Ereignisse nach dem eigentlichen Krieg denken. Die Virulenz von „Versailles“ würde heute gemeinhin unterschätzt, warnte ein Diskussionsteilnehmer. Unterschiedlich wurde auch die Relevanz des Themas eingeschätzt. Der Ansicht, dass die Erinnerung an diesen Krieg in Deutschland im Vergleich zu Frankreich und England völlig verblasst sei, stellten andere entgegen, dass er generationenprägend gewesen sei, dass er Auslöser der Europabewegung in Deutschland und Polen gewesen sei, dass die Frage der „Schuld“ immer noch diskutiert werde. Hingewiesen wurde auf die mit diesem Krieg verbundene klassische Figur des „Schwejk“, ein immer wiederkehrendes Dilemma, das auftritt, wenn Männer in der falschen Uniform sterben.

In dem Vortrag „Thomas Mann made in Poland“ setzte sich *Hubert Orłowski* (Poznań) mit dem Einfluss Thomas Manns auf die polnische Kultur auseinander. Er zeigte eindrucksvoll, dass Mann in unterschiedlichen Werken einer langen Reihe von polnischen Schriftstellern und Intellektuellen als Bildungspartikel auftritt. Außerdem erläuterte er, dass Thomas Mann im polnischen Intellektuellenstreit der Nachkriegszeit sowohl als Persönlichkeit als auch als Verkörperung eines Intellektuellentyps eine kontrovers diskutierte Ausnahmeposition einnahm. Nach Orłowski trug speziell die polnische „Verzauberung“ Manns dazu bei, dass er als europäischer Intellektueller stereotypisiert wurde.

Die dargebotenen Schulbuchanalysen befassten sich mit dem Zweiten Weltkrieg. *Włodzimierz Borodziej* (Warschau) untersuchte auf der Basis von 12 aktuellen deutschen Geschichtsschulbüchern, wie stark und wie angemessen Polen bei der Behandlung dieses Themas bedacht wird. Der Zweite Weltkrieg würde quantitativ in der Regel etwa auf 25-35 Seiten abgehandelt. Auch im Verhältnis zum Volumen des Gesamtstoffes sei dies deutlich weniger als in polnischen Schulbüchern üblich. In qualitativer Hinsicht wurden die Darstellungen durchweg positiv bewertet, sowohl was die multiperspektivische Darstellung, als auch Forschungsstand und innovative Annäherungsweise angeht. Aus polnischer Sicht besonders relevante Aspekte wie Holocaust, Vernichtungskrieg, Zwangsarbeiter und Widerstand werden meist gut berücksichtigt.

*Wolfgang Jacobmeyer* (Münster) untersuchte sodann im Rahmen einer vergleichenden Analyse, wie das Thema „Vertreibung“, das den Rahmen der jeweiligen nationalen Historiographien sprengt, in neueren polnischen und deutschen Lehrbüchern für das Fach Geschichte dargestellt wird. Eine semantische Wortfelduntersuchung ergab unter anderem, dass es für den in Deutschland teilweise erhobenen Standardvorwurf, das Schicksal der Ostdeutschen nach 1945 werde bagatellisiert, in der Begrifflichkeit polnischer Lehrbücher keinen Anhaltspunkt gibt. *Jacobmeyer* merkte kritisch an, dass die in den deutschen Lehrbüchern festzustellende Marginalisierung des Autorentextes auch beim Thema „Vertreibung“ dazu führt, dass Textquellen, Fotos, Karten und Tabellen die Funktion einer impliziten Darstellung übernehmen müssen. Abschließend formuliert *Jacobmeyer*, welche Leistungen ein Lehrbuch der Geschichte erbringen muss und führt beispielhaft den diesen Anforderungen entsprechenden Abschnitt über die Vertreibungen aus einem polnischen Lehrbuch an.

Eine Analyse von polnischen Literaturlehrbüchern hatte auf der vorangegangenen Schulbuchkonferenz den überraschenden Befund gezeigt, dass Martin Luther die darin am häufigsten erwähnte deutsche Persönlichkeit darstellt. An diese Prominenz des deutschen Kirchenreformators wurde allerdings nicht angeknüpft, um den *genius loci* im Sinne eines deutsch-polnischen „Erinnerungsortes“ fruchtbar werden zu lassen. Luther

wurde in seinen rein deutschen Zusammenhängen belassen. *Stefan Laube* (Wittenberg) unternahm es, die Umwälzungen der Gegenwart zu jenen des 16. Jahrhunderts in Beziehung zu setzen. Er thematisierte die Luther-Vereinnahmung durch die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts, indem er den Parallelismus beschrieb, den die nationalsozialistische Propaganda zwischen Hitler und Luther konstruierte. Anschließend ging er auf die Rezeption des Reformators durch die SED ein, die Luther zunächst im klassenkämpferischen Sinn als „Bauernschlächter“ verunglimpfte, um ihn später in integrierender Weise als „Kämpfer für eine bessere Welt“ in ihr Pantheon aufzunehmen. Der DDR-Regierung lag daran, als Autorität im Lutherschen Sinne wahrgenommen zu werden.

Spätestens an diesem Endpunkt der Veranstaltung kippte bei manchem teilnehmenden Historiker das sich anbahnende Unbehagen gegenüber dem gewählten geschichtstheoretischen Zugriff um in Skepsis. Wurde der Begriff des „Erinnerungsortes“ nicht überstrapaziert? Abgesehen davon, dass sich die Schulbuchanalysen faktisch gar nicht mehr in dieses Konzept einfügten, wirkten die ansonsten gewählten Themen etwas beliebig, zuweilen peripher. Dass auf einer bestimmten Abstraktionsebene ein Krieg, eine Kommission oder ein Autor „Orte“ sein können, soll nicht bestritten werden. Für die Vermittlung von Geschichte an der Schule dürften die geographisch benennbaren, optisch erfahrbaren und begehbaren Orte näherliegend sein. Insofern wurden die Stichworte „Annaberg“ oder „Bromberg“ durchaus vermisst.

Der geographische Teil der Konferenz befasste sich mit einem aktuellen Thema: den polnischen und ostdeutschen Transformationsprozessen und deren Thematisierung im Schulbuch. *Horst Förster* (Tübingen) stellte einleitend die enge faktische Verbindung von Transformationsprozessen im Rahmen des Systemwandels und den Integrationsbemühungen im Rahmen der perspektivischen EU-Osterweiterung heraus. Gestützt auf verschiedene Indikatoren, machte er zwar eine Konvergenz der Länder der EU aus, eine Verringerung der zwischenstaatlichen Unterschiede, andererseits aber eine Verstärkung der Disparitäten zwischen den Regionen. Die Stärkung regionaler Strukturen, auch durch die Raumentwicklungspolitik der EU, stellt eine Herausforderung dar für die bislang doch eher zentralistisch organisierten Transformationsstaaten. Die grenzüberschreitenden Euroregionen allerdings, die im Geographieunterricht besonders herausgestellt werden, funktionieren nur in sehr begrenztem Umfang und könnten kaum als Instrument zum Abbau von Disparitäten angesehen werden. Förster stellte in der Diskussion nach 1989 einen Mangel an begrifflicher Schärfe und theoretischer Reflexion fest. Er stellte den Sinn einer allumfassenden Transformationstheorie in Frage, mahnte aber den Einbezug der Akteure bei der Analyse der Transformationsprozesse an.

*Bolesław Domański* (Kraków) und *Tadeusz Strykiewicz* (Poznań) untersuchten die industrielle Transformation in Polen. Während sich nach dem starken Abfall der Produktion zwischen 1989 und 1991 diese bis zum Jahre 2000 wieder erholen konnte, ging die Zahl der industriellen Beschäftigten weiter zurück, eine Folge des hohen Produktivitätszuwachses, der erreicht werden konnte. Im Rahmen dieser Entwicklung unterschieden die Referenten drei Anpassungsstrategien der Betriebe: eine globalisierende, eine de-industrialisierende sowie eine paternalistische, auf Regierungssubventionen setzende, bei der der Staat als De-facto-Eigentümer der Betriebe in Erscheinung trete. Die letztere weise eine nur geringe Produktivität auf und sei in Ostdeutschland stärker institutionalisiert als in Polen. Die globalisierende Strategie ist mit dem Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologie und mit der Investition ausländischen Kapitals verbunden. So sind aus der nichtdeutschen EU beträchtliche Produktionsverlagerungen von Großunternehmen nach Polen, v.a. nach Zentral- und Ostpolen, festzustellen, während sich deutsche mittelständische Unternehmen v.a. in West- und Zentralpolen niederließen. *Greenfield investments* mit einem hohen Anteil von US-Kapital finden überwiegend im Umfeld der Metropolen statt, wohl aufgrund der Größe des Marktes, der Erreichbarkeit wie der Ausweitungsmöglichkeiten. Beim Transformationsprozess in Polen handle es sich weniger um eine geplante Strategie, vielmehr basiere er auf individuellen Entscheidungen und sei stark personenbezogen.

Der Transformation der Landwirtschaft wandte sich *Krzysztof Mazurski* (Wrocław) zu. Für die Transformation in Ostdeutschland waren die von der EU gesetzten Rahmenbedingungen ausschlaggebend. Die ehem.

LPGs konnten auf hohe Finanzhilfen zurückgreifen. Die Großbetriebe weisen heute z.T. eine höhere Produktivität auf als westdeutsche Betriebe. In Polen fließen Gelder in Pensionen und Subventionen, es wird jedoch kaum in die Landwirtschaft investiert. Bauern haben oft keinen Zugang zu Krediten, und wenn, sind diese zu teuer. Im Gegensatz zur Industrie ist in der Landwirtschaft westliches Kapital politisch unerwünscht. (Aufgrund der im Vergleich zum Westen äußerst niedrigen – inzwischen jedoch steigenden – Bodenpreise, versuchen dennoch Ausländer, Land in Polen zu kaufen und zu investieren.) Dass der polnische Markt weit geöffnet ist für – subventionierte – landwirtschaftliche Produkte der EU, aber auch für die Zerstörung der landwirtschaftlichen Infrastruktur, macht die Lage der polnischen Produzenten nicht leichter. Während letztlich die Transformation der Landwirtschaft in Ostdeutschland als abgeschlossen betrachtet werden kann, ist sie in Polen noch in vollem Gange. In der Diskussion wurde darauf verwiesen, dass die im Lande zunehmenden Disparitäten zu einem verstärkten Einfluss radikaler Strömungen in der Politik geführt haben, während die in der Bevölkerung mehrheitlich positive Einschätzung der EU und die mit der Osterweiterung verbundenen Diskurse für die Betroffenen (Landwirte) keine Rolle spielen.

*Dorothea Wiktorin* (Köln) stellte die „Transformation der Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden und ihre Bedeutung für die städtische Entwicklung Ostdeutschlands“ am Beispiel Dresdens vor. Aufgrund von Enteignungen und Übertragungen waren 1989 etwa 40% des städtischen Bodens „Volkseigentum“. Während die Treuhand das Vermögen der sozialen Wohnungswirtschaft übernahm, führte die gesetzliche Regelung der Reprivatisierung nach dem Prinzip „Rückgabe vor Entschädigung“ zu einer Antragsflut auf Rückgabe, die zwar bis heute zu 96% entschieden wurde (nur 22% Rückübertragungen), dennoch gerade in den Innenstädten als Sanierungs- und z.T. Investitionshindernis in Erscheinung trat. Investitionen wurden daher anfangs in unbelasteten Stadtteilen, v.a. am Stadtrand, vorgenommen. In der Dresdener Innenstadt, wo Substitutionsanträge aufgrund erfolgter Entschädigungszahlungen nur selten Erfolg hatten und große Brachflächen verfügbar waren, traten v.a. Entwicklungsgesellschaften (Banken) als Projektträger auf, im Sanierungsgebiet der Dresdner Neustadt, wo die Substitutionsquote größer war, verkaufte jedoch der überwiegende Anteil der neuen Eigentümer (aus dem Osten) seine Immobilie nach der Rückgabe meistbietend an Investoren aus dem Westen, deren Interesse durch eine massive steuerliche Förderung geweckt war.

Die deutschen Erfahrungen ergänzte *Ekkehard Buchhofer* (Marburg) mit Ausführungen zur „Regelung von Boden-Reprivatisierungen in Polen.“ Hier existiert bislang kein Restitutionsgesetz, ein 1999 eingebrachter Gesetzentwurf scheiterte 2001. Die Opfer von Enteignungen im Zuge von Arisierung, Holocaust, Bodenraub, Vertreibung oder Sozialisierung – Juden, Polen oder Deutsche – sind auf den individuellen Klageweg verwiesen. Lediglich die Kirchen und jüdischen Gemeinden konnten von Rückgaben aufgrund von Sondergesetzen profitieren. Während polnische Bürger, deren Enteignung als Strafe für antikommunistische Aktivitäten erfolgte, zivilrechtliche Möglichkeiten auf Rückgabe oder Wertersatz haben, wurde Juden eine zehnjährige Frist für Rückübertragungsanträge eingeräumt, nach deren Ablauf von einer stillschweigenden Übertragung an den polnischen Staat ausgegangen wurde. Restitutionsanträge durch Deutsche wurden bislang durch die Nichtzuständigkeitserklärung der polnischen Gerichte verhindert. Diese Behandlung der Restitution wird im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen als Hindernis bewertet. In der Diskussion wurde zum einen auf die Legalisierung der Vertreibung durch die Potsdamer Konferenz verwiesen, zum anderen auf die Enteignung der aus der Ukraine „repatriierten“ Polen: eine Gemengelage, die jede rechtliche Regelung erschwert.

Der Beitrag von *Robert Pütz* (Mainz), der verlesen werden musste, befasste sich mit „Entwicklungen im Einzelhandel in Polen und Ostdeutschland“. Während der sozialistische Einzelhandel durch einen hohen Anteil genossenschaftlichen Verkaufs und geringe Verkaufsflächen, in der DDR auch durch eine Unterversorgung der Großwohnsiedlungen gekennzeichnet war, kam es im nachsozialistischen Polen sehr schnell zu einer Privatisierung des Einzelhandels, der weitgehend in kleinere Einzelbetriebe zersplittert ist. Die Neugründung von – oft kapitalarmen – Unternehmungen hatte hier oftmals die Funktion einer Überlebensstrategie, was v.a. für den Markthandel gilt. Im Osten Deutschlands kam es dagegen schon in der Frühphase zu einer Konzentration und zu einem Einstieg westlicher Handelsketten. Das gilt selbst für den – quantitativ eine Randerschei-

nung bildenden – Markthandel, wo die Händler meist aus Westdeutschland anreis(t)en, ausschließlich aber für die auf Freiflächen am Stadtrand und in Großwohnsiedlungen, seit neuestem auch an Autobahnausfahrten neugegründeten Großmärkte.

*Andrzej Mizgajski* (Poznań) ging auf die ökologischen Folgen der Transformationsprozesse, besonders in Polen, ein. Allgemein ist ein Rückgang der Umweltbelastungen zu verzeichnen, sei es bei Staub- und Gasemissionen, bei der Einleitung ungereinigter Abwässer u.ä. So ist heute trotz steigender PKW-Dichte die Luftqualität in den Ballungszentren höher als auf dem Lande (wo Hausbrand u.ä. zu einer beträchtlichen Belastung der Luft führen), auch wenn der Rückgang der Kohleförderung in Polen nicht den Umfang erreicht wie in den ostdeutschen Ländern. Die bereitgestellten staatlichen Haushaltsmittel sind seit Ende der 1990er Jahre im Rückgang begriffen. Mehr als die Hälfte der Umweltinvestitionen stammt aus Eigenmitteln der Investoren. Eine Beteiligung wird auch von der EU erwartet. Die Umweltpolitik sieht sich derzeit vor der Aufgabe, eine Annäherung an EU-Standards durchzuführen. Hierbei werden Polen je nach Sachbereich Übergangsfristen von mehreren Jahren eingeräumt, im Falle der Entsorgung kommunaler Abwässer gar bis 2015. Hierbei ist in Rechnung zu stellen, dass aufgrund geringerer Bevölkerungsdichten im Vergleich zu Deutschland die Kosten für ein neu zu schaffendes Kanalisationsnetz beträchtlich höher sind. Auch die Schule widmet sich dem Umweltthema: Umwelterziehung ist fester Bestandteil des Curriculums.

Der Aspekt der Mentalitäten im Transformationsprozess und die Einstellungen zum Wandel stand im Zentrum der Ausführungen von *Olaf Kühne* (Mainz). Er skizzierte und kontrastierte – in der Diskussion heftig kritisiert – in idealtypischer Weise ostdeutsche und polnische Mentalitäten, die er aus der Geschichte ableitete und während des Sozialismus transformiert sah. Für die Nachwendezeit, in der er eine „Mentalitätsflexur“, nicht einen Bruch, ausmachte, postulierte er – neben einer beidseitigen Globalisierung der Lebensformen – für Ostdeutschland und Polen eine dichotome Wahrnehmung des Staates und Identitätsprobleme, die sich in Polen aus der Stellung zur sozialistischen Geschichte, in Ostdeutschland aus einem Konflikt zwischen gesamtdeutscher Zugehörigkeit und eigener Geschichte ableiteten.

Die letzten beiden Beiträge befassten sich mit der Widerspiegelung der Transformationsprozesse in polnischen und deutschen Schulbüchern. *Bronisław Kortus* (Kraków) untersuchte die Polendarstellungen in polnischen, seit 1993 erschienenen Geographiebüchern auf diesen Aspekt hin. Nur einer von elf Bänden verweist in diesem Zusammenhang auf Ostdeutschland. Die Bücher sind in ihrer Bewertung teils zurückhaltend – sie betonen das mit dem Transformationsprozess verbundene Risiko –, teils blicken sie optimistisch in die Zukunft. Ausländische Investitionen im Bereich der Industrie werden z.T. durchaus kritisch gesehen, die Ökonomie als Chance für die generell als schwierig gekennzeichnete Lage der Landwirtschaft begriffen. Bei Fragen des Umweltschutzes zeigen die Bücher inzwischen Beispiele für eine Verbesserung der Umweltsituation auf, wo sie früher die ökologischen Hinterlassenschaften des alten Systems beklagten. In der Diskussion wurde generell der mangelnde Bezug zwischen persönlicher Erfahrung der Schüler und den Lerninhalten in Polen sowie der Abstraktheitsgrad der Informationen beklagt, die Schulbücher und Unterricht vermitteln.

Mit den deutschen Schulbüchern (und Schulatlanten) befasste sich *Ekkehard Buchhofer* (Marburg). Er ging sowohl auf die Darstellung der Transformation im deutschen wie polnischen Kontext ein. Bei den untersuchten Atlanten ergab sich das ernüchternde Bild, dass entweder keine die Transformation berührenden Inhalte vorhanden waren, falsche oder nicht aktuelle Detailinformationen gegeben wurden oder aber – so bei Karten zum Industrieraum Halle-Leipzig – durch Ausklammerung relevanter Information (hier: tertiärer Sektor) die Transformationsprozesse gar nicht sichtbar werden. Selbst neueste Atlanten bringen zudem nicht aktualisierte Karten von Warschau mit den alten Straßennamen aus sozialistischer Zeit. In den Büchern wird die ostdeutsche Thematik meist kritisch behandelt, z.T. fehlen allerdings infolge eines begrenzten sektoralen Zugangs (Landwirtschaft, Bergbau und Industrie) entscheidende Aspekte (z.B. tertiärer Sektor), um die Transformationsprozesse deutlich zu machen. In Bezug auf Polen dagegen wird die Problematik kaum thematisiert. Aspekte wie die Euroregionen werden unrealistisch euphorisch dargestellt, die Situation in Polen, v.a. auch durch

das Bildmaterial, häufig immer noch als primitiv. Hier wären Verlage und Autoren aufgefordert, bei Neubearbeitungen die aktuellen Entwicklungen zu reflektieren und selbstkritisch mit den eigenen Klischees umzugehen.

Ihren Abschluss fand die Konferenz in einem Festakt aus Anlass des dreißigjährigen Bestehens der Kommission. Im Cranachhaus sprachen der Präsident des Niedersächsischen Landtages, Prof. Rolf Wernstedt, der Botschafter der Republik Polen, Dr. habil. Jerzy Kranz, sowie der ehem. Botschafter und jetzige Präsident des Zentrums für internationale Beziehungen in Warschau, Dr. Janusz Reiter. Dieser leuchtete in seinem Festvortrag die politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge der Tätigkeit der Kommission aus. Er ging hierbei nicht nur auf Vergangenes ein, sondern wies auch auf gegenwärtige bilaterale Problemlagen hin, so die Planung des Zentrums gegen Vertreibung in Berlin. Er betonte hierbei die veränderte Rolle der Geschichte in der gegenseitigen Wahrnehmung, in der Kriegserfahrungen eine immer geringere Rolle spielen. Heute sei das Wissen um die gemeinsame Geschichte nicht sehr ausgeprägt. Es sei jedoch notwendig zum Verständnis und zur Bestimmung des Eigenen. Der Kommission bleibt also eine Aufgabe, auch wenn sich der Rahmen ihrer Tätigkeit seit ihrer Gründung gravierend gewandelt hat.

Robert Maier / Georg Stöber  
Georg-Eckert-Institut

#### **Copyright**

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen  
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2003.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München  
Telefon: 089 - 13 47 29, Fax: 089 - 13 47 39  
E-Mail: [info@ahf-muenchen.de](mailto:info@ahf-muenchen.de), Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

#### **Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:**

**AHF-Information**. 2003, Nr.032  
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2003/032-03.pdf>